



Gemeinschaftsschule



Seite 4

Modellprojekt



Seite 5

Bundesparteitag



Seite 6

Aus BVV und Ausschüssen

Diner for One im BW-Saal



Vor mir liegt eine Tagesordnung so lang wie die Berliner Straße. Und das Sahnehäubchen: Ich soll heute das erste Mal vor der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) sprechen.

So lernt man als kommunalpolitischer Neuling das Laufen. Weibliche Multitaskingfähigkeit hin oder her: Es ist schon schwierig, den meist langatmigen und blutarmen Ausführungen der anderen Fraktionen zu folgen, die Essenz zu filtern und die Botschaft zu erkennen.

Aber auf der 5. Tagung der BVV am 7. März kam es mal wieder anders, als erwartet. Anträge, von denen unsere Linksfraktion dachte, sie gäben Zündstoff, gingen durch. Im Gegenzug lösten Anträge, für die wir schon die Abstimmungskarte in der Hand hatten, unerwartet heftige Reaktionen aus.

So reizte der gute Antrag der SPD zum „Zusammenleben in Pankow“, der die Schaffung eines Integrationsbeirats und die Entwicklung eines Pankower Integrationskonzepts vorsieht, die CDU zu derart unsinnigem Widerspruch, dass die SPD auf namentliche Abstimmung bestand.

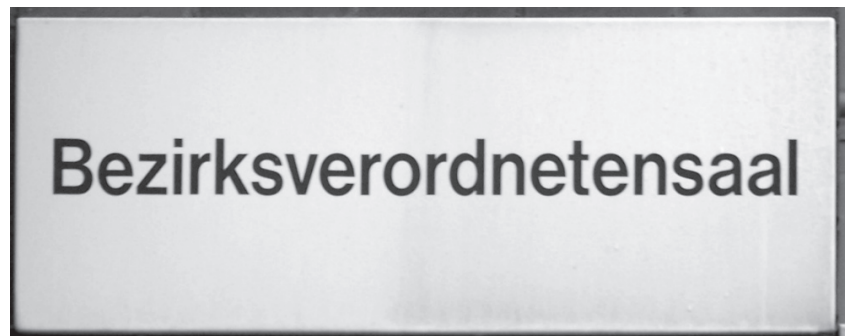
Das Ergebnis fiel mit 38 Ja-Stim-

men, 5 Ablehnungen und 4 Enthaltungen sehr deutlich aus.

Emotionen kamen beim Antrag der CDU zur Einführung eines „Tages der Spielplätze“ auf. Die BVV stimmte wegen Substanzlosigkeit für Überweisung in den Fachausschuss.

Ein wirklicher Erfolg der 5. BVV-

Schulter. Wir wissen alle, was auf dem Spiel steht. Dennoch hat schon so mancher Lacher eine verfahrenere Debatte beendet. Besonders freue ich mich immer auf die wiederkehrende Einlage FDP-Verordneter gegen den Vorsteher, Burkhard Klei- nert (LINKE.PDS): Wann immer das Thema „Geschäftsordnung“



Tagung war die Abstimmung zum ersten Antrag des Vertreters der Republikaner (REP) zur „Beflagung des BVV-Saals“. Angeblich entspräche das angebrachte EU-Wappen nicht der Beflaggungsverordnung. Einstimmig wurde dieses Ansinnen abgelehnt. Mir scheint die neue BVV frischer, kritischer und angriffslustiger. Keiner von uns nimmt seine Tätigkeit als Bezirksverordneter auf die leichte

beiläufig gestreift wird, kommt es in der Reihe der FDP zu Unruhen. Der Saal ahnt, was passieren wird und stöhnt. Aber noch bevor der gefürchtete Redner ums Wort bitten kann, begrüßt ihn der Vorsteher in aller Form und bittet ihn ans Rednerpult. „Diner for One“ in der BVV. Wunderbar.

Gabi Kuttner
Bezirksverordnete

„Sie haben das Soziale nicht gepachtet!“



Das wurde der Linksfraktion im Ausschuss der BVV für Gesundheit, Arbeit und Soziales erzürnt vorgeworfen. Für uns war es die Bestätigung, dass wir mit unseren Anträgen richtig lagen. Seit Wochen befassten sich die BVV und der Ausschuss mit dem WASG-Antrag,

in dem das Bezirksamt und das Land beauftragt werden, eine zusätzliche Weihnachtsbeihilfe an BezieherInnen von Arbeitslosengeld II und Grundsicherung auszuzahlen.

Als Linksfraktion teilen wir die Intension des Antrages. Aber die Hartz IV Gesetze sind Bundesgesetze und können weder vom Land Berlin noch von Pankow geändert werden. Leider!

Dennoch haben wir einen Änderungsantrag erarbeitet, in dem wir – adressiert an die Schwarz-Rote

Bundesregierung - neben der Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe auch die Anhebung der Regelsätze auf das Niveau der Existenzsicherung fordern. Wir ersuchen das Bezirksamt, sich gegenüber dem Senat von Berlin dafür einzusetzen, dass das Land über eine Bundesratsinitiative eine Gesetzesänderung mit diesen Zielen einbringt.

Die Bezirksverordneten der WASG haben den Änderungsantrag übernommen. Er fand im Ausschuss die Mehrheit. Nun wird die BVV zu entscheiden haben. Auch wenn die Umsetzung noch lange auf sich warten lassen wird, allein der Beschluss des Ausschusses setzt Zeichen.

Eine kontroverse Debatte löste unser Antrag, bis September 2007 eine Ombudsstelle für Hartz IV- Betroffene im Bezirksamt zu schaffen,

aus. Immer mehr betroffene Bürger wenden sich an unsere Fraktion und an das Sozialamt, mit der Bitte Klärung ihrer zahlreichen Probleme. So warten viele von ihnen auf die Bearbeitung ihres Widerspruchs länger als die gesetzlich vorgeschriebene Zeit von drei Monaten. Von etwa 6700 Widersprüchen sind ca. 4550 noch nicht bearbeitet oder älter als drei Monate – und das trotz Personalverstärkung.

Die Ombudsstelle sollte deshalb Hilfesuchenden in Notsituationen zeitnahe Unterstützung geben. Der Ausschuss wird sich mit dem Antrag, der inzwischen ein gemeinsamer Antrag mit der SPD ist, im April befassen.

Eveline Lämmer
Bezirksverordnete

Die neue Staatssekretärin

Regierungsverantwortung

extraDrei sprach mit Almuth Nehring-Venus, Staatssekretärin für Wirtschaft, Technologie und Frauen:



Almuth, Du bist jetzt seit dem 6. Dezember 2006 Staatssekretärin. Ist Dir der Wechsel von der Bezirks- zur Landespolitik schwer gefallen?

Ich habe in der Bezirkspolitik gelernt, wie Verwaltung arbeitet, habe erfahren, dass Bürgerinnen und Bürger verlangen, dass Politik ihnen zuhört und hinterher auch konkret sagt, was sie verändert hat oder warum etwas nicht möglich war. Pankow ist auch als Staatssekretärin nicht aus meinen Augen verschwunden. Im April werde ich den Pankower Schienenfahrzeugbauer Stadler in Wilhelmsruh besuchen, auch die Entwicklung von Buch bleibt weiter ein wichtiges Anliegen für mich, da ich auf Senatsebene die Steuerungsgruppe leite.

Deine engagierte, bürgernahe und ideenreiche Arbeit als Bezirksstadträtin war in Pankow sehr geschätzt. Wie hast Du Dich nun in die Senatsarbeit eingearbeitet und was sind Deine Aufgaben?

Ich habe bereits sehr viele Termine mit Kammern, Verbänden und vor allem Unternehmern und Unternehmerinnen wahrnehmen können. Der persönliche Austausch ist mir sehr wichtig. Ich bin für die Wirtschaftsförderung zuständig und für die Frauenpolitik. Zur Wirtschaftsförderung gehören u.a. die Arbeit der Zentralen Anlauf- und Koordinierungsstelle des Landes Berlin, die Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsfördergesellschaft Berlin Partner, die Ansiedlungen begleitet und Berliner Stadtmarketing betreibt. Ich bin verantwortlich für Tourismus und Beteiligungsmanagement bei den öffentlichen Betrieben und vieles mehr.

Welches sind die größten Probleme, mit denen Du seitens der Unternehmen konfrontiert worden bist?

Ein großes Problem ist ein altes Problem: die Betreuung seitens der Verwaltung und die Bürokratie. So plädiere ich dafür, stets anhand konkreter Fälle für eine Besserung zu sorgen. Pauschalurteile, dass die Verwaltung nicht kompetent, langsam oder zu bürokratisch sei, stimmen so nicht, denn ich habe gerade in jüngster Vergangenheit bei meinen Gesprächen eine Vielzahl lobender Stimmen von Unternehmern gehört.

Wenn sich konkretisieren lässt, dass es bei typischen Vorgängen oder einzelnen Ämtern oder Referaten in den Bezirken oder bei den Senatsverwaltungen regelmäßig Probleme gibt, dann müssen diese besprochen und im Dialog Lösungen gefunden werden. Beiräte und ein aktives Beschwerdemanagement auf Bezirksebene könnten meines Erachtens hilfreich sein.

Die Linkspartei setzt in der Koalition in Berlin auf eine Politik des nachhaltigen Wirtschaftswachstums, eine gezielte Industriepolitik und eine verbesserte Kooperation von Wirtschaft, Wissenschaft und Gesundheit. Kannst Du etwas zu den konzeptionellen Überlegungen in dieser Hinsicht sagen?

Der Berliner Senat wird sich weiterhin auf die großen Kompetenzfelder konzentrieren. Hier handelt es sich um optoelektronische Technologien, um Verkehr und

Mobilität, um Biotechnologie und Gesundheitswirtschaft und um die kreativen Bereiche Informationstechnologien, Medien und Kulturwirtschaft. Für diese Kompetenzfelder stellen wir Masterpläne mit konkreten Maßnahmen auf, die bis zur Bereitstellung von Fördermitteln reichen. Hinzu kommt eine klare Ausrichtung auf die Unterstützung der Industrie.

Die ist zwar durch den Strukturwandel zahlenmäßig klein, aber die verbliebenen Betriebe sind höchst modern und effektiv und haben das Potenzial weiter zu wachsen. Arbeitsplätze sind das A und O für Berlin.

Auf der Grundlage des vorliegenden Berichts „Frauen in Berlin“ soll weiterhin eine zielorientierte Förderung von Frauen und Mädchen erfolgen. Welche Schwerpunkte setzt dabei die Senatsverwaltung?

Wir werden uns in nächster Zeit vor allem um Menschen kümmern, die nicht existenzsichernde Einkommen erhalten. Ich erinnere daran, dass davon in Berlin besonders Frauen betroffen sind. Ihnen wird unsere besondere Aufmerksamkeit gelten. Wir werden erstmals in Berlin ein Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm entwickeln, an dem alle Senatsverwaltungen beteiligt sein werden.

Interview: S.Brunner/R.Tepper

Linkes Projekt Gemeinschaftsschule

Auf den Inhalt kommt es an!

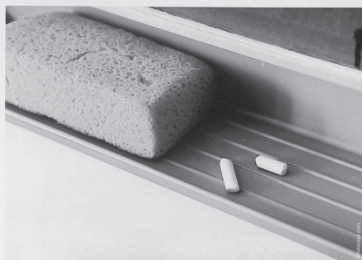
Die Gemeinschaftsschule ist seit anderthalb Jahren ein fester Bestandteil in der bildungspolitischen Debatte Berlins. Das war, bundesweit, bis vor kurzem noch nicht denkbar. Noch 2001, kurz nach der Veröffentlichung von PISA I, wurde ein Tabu über die Strukturdebatte gelegt.

Dieses Tabu wurde in Berlin durchbrochen – durch den sachlichen Vorstoß der Linkspartei im Wahlkampf und den Erfolg in den Koalitionsverhandlungen. Allerdings wird die Gemeinschaftsschule in der Berliner Debatte oft reduziert auf die Struktur- und Geldfrage. Auf die Struktur komme es nicht an.

Vielmehr könne individuelle Förderung auch in den bestehenden Schularten durch eine neue Lehr- und Lernkultur verwirklicht



Längeres gemeinsames Lernen in der Gemeinschaftsschule



DIE LINKE.

werden. Und die 22 Mio. die zur Förderung der Pilotschulen bereitgestellt werden, wurden gleich mehrfach von den Oppositionsparteien für andere Ziele verplant. Diese Reduktion schadet der politischen Idee der Gemeinschaftsschule. Von den politischen Gegnern wird das Anliegen verfälscht, versucht einen Keil zwischen die Gemeinschaftsschulen und die anderen Schultypen zu treiben. Geldneid zu schüren ist vor diesem Hintergrund scheinbar genauso legitim wie das Schüren von Angst:

Eine Einheitsschule würde gerade für die „leistungsstärkeren“ SchülerInnen einen Qualitätsverlust bedeuten.

Im Brennpunkt der Diskussion stehen darüber hinaus die Gesamtschulen. Einige sehen schon durch die Begriffswahl „Gemeinschaftsschule“ einen Angriff auf ihre Gesamtschule, die doch genau das gleiche Ziel verfolgt. Sie fühlen sich teilweise von der Politik allein gelassen und ihre Arbeit würde delegitimiert. Die Gegner der Gemeinschaftsschulidee haben wirkungsvolle Verbündete.

Nicht von ungefähr werden im Tagesspiegel Artikel von erfolgreichen Gesamtschulleitern mit der Überschrift „Wir brauchen keine Gemeinschaftsschule“ abgedruckt. Es gilt es ganz deutlich zu machen: Die Gesamtschulen gehören für uns zur Gemeinschaftsschule dazu. Sie verfügen über wertvolle Erfahrungen, die wir bei der Überwindung des gegliederten Schulsystems benötigen.

Sie sollen durch die Änderung des Schulgesetzes sogar endlich die Möglichkeit bekommen „richtige“ Gesamtschulen zu werden, indem sie z.B. auf die äußere Fachleistungsdifferenzierung verzichten können. Ein Privileg, das bisher nur zwei Berliner Gesamtschulen zustand und ihnen erlaubte wirkliche integrative Bildung an der Schule zu verwirklichen.

Es gilt mit den positiven Beispielen der Pilotschulen diesen Neid und diese Angst zu durchbrechen.

In der öffentlichen Debatte muss deutlich gemacht werden, dass es bei der Gemeinschaftsschule nicht nur um ein strukturelles, sondern vor allem um ein inhaltliches Vorhaben geht. Wir wollen einen Mentalitätswechsel in den Schulen: Mehr Lernen und weniger Unterricht. Verschiedenheit ist in Gemeinschaftsschulen normal und ein Quell fortschrittlicher Lehr- und Lernkultur.

Die SchülerInnen stehen als Subjekt eines eigenen Lernprozesses im Mittelpunkt und sind nicht mehr nur Objekte von Wissensvermittlung. Sie werden nicht mehr beschämt, und durch die Aufteilung in bestimmte Schulformen



gar strukturell stigmatisiert. Die Gemeinschaftsschule verfolgt aber gerade auch ein gesellschaftliches Ziel: Wir brauchen Chancengleichheit im Bildungswesen.

Noch immer hängt der Bildungserfolg in Deutschland wie in keinem anderen Land vom finanziellen und sozialen Hintergrund der Eltern ab. Diesen Aspekt muss vor allem die Linke in der Auseinandersetzung betonen. Schon der Wahlkampf hat gezeigt: Nur Die Linke ist bereit für Bildungs- und Zukunftschancen wirklich aller Kinder zu kämpfen. Bei den Grünen und Teilen der SPD sind dies nur Lippenbekenntnisse geblieben. Nach wie vor suchen viele führende deutsche Bildungspolitiker das gegliederte Schulwesen zu verteidigen. Die Debatte um den jüngsten UN-Menschenrechtsbericht zeigt, dass wissenschaftlich bestätigte Ergebnisse nicht ernst genommen werden und ein Schulsystem des 19. Jahrhunderts verteidigt wird, das noch immer wenige privilegiert und viele ausgrenzt.

Aber: Es tut sich was in diesem Lande. Berlin und Schleswig-Holstein machen sich mit Gemeinschaftsschulen auf den Weg, um das gegliederte System zu überwinden. Die SPD in Hessen und Nordrhein-Westfalen hat sich das Thema auf die Wahlkampffahnen geschrieben. Wir sind gespannt, was passieren wird. In Pankow, in Berlin und im Rest der Republik.

Sebastian Schlüsselburg
Sprecher LAG Bildung

Modellprojekt: Flexible Kinderbetreuung in Pankow

Paula kommt

„Weiblich, allein erziehend, will Beruf ausüben, sich weiterbilden, studieren. Sucht deshalb bezahlbare Kinderbetreuung außerhalb der Öffnungszeiten der Kita.“

Wer kennt nicht diese Art von Zeitungsannoncen. Obwohl in Berlin kein gravierender Mangel an Kindergartenplätzen besteht, suchen allein erziehende Mütter und Väter außerhalb der Schließzeiten von Kitas händeringend nach Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder. Die Arbeitszeiten von Verkäuferinnen, Krankenschwestern oder freiberuflich Tätigen beginnen nicht erst um 8 Uhr und enden auch nicht gegen 17 Uhr.

Aber auch Studierende müssen, um ihr Studium finanzieren zu können, in den Abendstunden einen Job ausüben.

Und was passiert, wenn eine professionelle Kinderbetreuung einfach zu teuer ist oder einfach keine Großmutter in der Nähe wohnt?

Nicht wenige Mütter oder Väter werden dann gezwungen, ihre Arbeit oder das Studium aufzugeben. Wer halt nicht flexibel auf die Anforderungen des Arbeitsmarkts reagieren kann, hat keine Chance und landet über kurz oder lang bei Hartz IV.

Über diese Probleme ist man sich auch im Frauenzentrum Paula Panke e.V. seit Jahren bewusst. In den zurückliegenden Jahren schuf der Verein entsprechende Betreuungsangebote zumeist auf der Basis von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM).

Seit der Einführung der Hartz IV-Gesetze wurden die Mittel für diese Maßnahmen drastisch gekürzt. Auf Initiative des damaligen Senators für Wirtschaft, Arbeit und Frauen Harald Wolf (Linkspartei.PDS) wurde das Modellprojekt „Flexible Kinderbetreuung“ im November 2006 aus der Taufe gehoben.

Im Großraum Pankow kommen seit dem 15 Kinderbetreuerinnen zum Einsatz, die außerhalb der Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen auf Kinder von allein erziehenden Berufstätigen aufpassen.

Und das kann in den frühen Morgenstunden, am Abend, Nachts

oder auch an den Wochenenden sein. Zu den Aufgaben einer Betreuerin gehört nicht nur das Abholen oder Bringen der Kinder in die Kita oder Schule.

Die Betreuerinnen gestalten auch zusammen mit den Kindern deren Freizeit, kontrollieren die Hausaufgaben, machen das Abendessen und bringen die Kinder ins Bett.

Gegenwärtig können 69 Familien von diesem Projekt profitieren. Der Stundensatz für eine Betreuungsstunde ist mit 2,50 bis 4 Euro sehr moderat und richtet sich nach dem Einkommen der Familie.

Die Geschäftsführerin des Vereins Dr. Helga Adler und die Leiterin des Projekts Kinderbetreuung Daniela Dräger betonen, dass der Bedarf weit höher als das Angebot ist. 18 weitere Familien stehen auf der Warteliste und je bekannter das Projekt in der Öffentlichkeit wird, je öfter klingelt auch das Telefon in der Geschäftsstelle des Vereins.



Das Modellprojekt unterstützt aber nicht nur allein erziehende Mütter und Väter.

Es leistet auch einen aktiven Beitrag zur Reintegration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt.

Die Betreuerinnen waren vor Beginn des Projektes ALG II-Empfangende ohne Aussicht auf ein festes Arbeitsverhältnis. Heute profitieren sie von der Idee der Linkspartei.PDS, einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) in Berlin zu schaffen.

Anders als bei den so genannten Ein-Euro-Jobs erhalten die Betreuerinnen für ihre 32 Wochenstunden einen monatlichen Bruttolohn von 1.300 Euro.

Aufgrund der sozialversicherungspflichtigen Arbeit wirkt sich die Dauer ihrer Tätigkeit positiv auf die spätere Rente aus. Sie erhalten



Urlaub und eine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Bestandteil des Arbeitsvertrages sind weiterhin eine einmonatige Fort- und Weiterbildungsmaßnahme.

Und obwohl das Modellprojekt sowohl für die allein Erziehenden und auch die Betreuerinnen viele Vorteile hat: Es hat auch einen Haken. Die Laufzeit der Stellen ist mit zehn Monaten viel zu kurz bemessen.

Helga Adler verweist darauf, dass Senat und Regionaldirektion sich ursprünglich auf längerfristige Arbeitsverträge geeinigt hatten, die Bundesagentur diesen Plänen jedoch einen Strich durch die Rechnung machte.

Diese zu kurze Laufzeit ist nicht nur für die Betreuerinnen ungünstig, auch die Familien müssen sich unter diesen Umständen auf häufige Wechsel der Betreuungspersonen gefasst machen. Eine über Monate gewachsene Vertrauensbasis kann somit abrupt enden, was nicht zum Vorteil der Kinder ist.

Das Ziel, so sagt Helga Adler, müsse deshalb die Verlängerung der Arbeitsverträge auf mehrere Jahre sein. Die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales Heidi Knake-Werner (Linkspartei.PDS) hat sich bei ihrem Besuch von Paula Panke e.V. von der Qualität des Modellprojektes überzeugen können und setzt sich ebenso für die Entfristung der Beschäftigungsverhältnisse für die Betreuerinnen ein.

Kontakt: Paula Panke e.V. Frauenzentrum, Schulstraße 25, 13187 Berlin

Andreas Bossmann

Bundesparteitag am 24./25. März in Dortmund: DIE (neue) LINKE.

DIE LINKE.: Diszipliniert, beharrlich, erfolgreich



Der letzte PDS-Bundesparteitag bescherte den Delegierten am Samstag über 300 Anträge zu den programmatischen Eckpunkten, der Satzung, Finanz- und Schiedsordnung der neuen Partei DIE LINKE. Am Sonntag flatterten den 389 PDS-Delegierten die auf dem parallel tagenden WASG-Parteitag beschlossenen Anträge auf den Tisch.

Aber von vorne: Zu Beginn wies der Parteivorsitzende Lothar Bisky darauf hin, dass der demokratische Sozialismus der Kern unserer Identität ist. „Deshalb werde ich am 16. Juni meine störrische PDS-Identität in die Waagschale werfen und als Vorsitzender wieder kandidieren.“, so Bisky.

Die anschließende Debatte fokussierte sich auf folgende Änderungswünsche: Welche Konditionen werden für einen Koalitionseintritt vorgeschrieben? Ist der demokratische Sozialismus auch in der neuen Linken Wert, Ziel und Bewegung? Ist gewinnorientiertes unternehmerisches Handeln wichtig für Innovation und können UN-Einsätze nach Kapitel VII der UN-Charta zur Rückkehr zu einer friedlichen Entwicklung in Kriegskonstellationen wie in Libanon beitragen? Auch spielte die Frage, ob soziale und Freiheitsrechte untrennbar miteinander verbunden sind und dies eine unserer Lehren aus der

Geschichte ist, eine zentrale Rolle. Am Ende stand die PDS wie eine Eins. Diszipliniert wurde der mit der WASG verhandelte Kompromiss - manchmal auch grummelnd - verteidigt.

So blieb das gewinnorientierte unternehmerische Handeln in den Eckpunkten. Anträgen zur Aufweichung des demokratischen Sozialismus und zur Vorrangigkeit der sozialen vor den Freiheitsrechten erteilten die Delegierten eine deutliche Absage. Katina Schubert, stellvertretende Parteivorsitzende: „Der Bruch mit dem Stalinismus als System und die gegenseitige Bedingtheit von sozialen und demokratischen Rechten gehören zum Vermächtnis der PDS.“

Veränderungen bei den Eckpunkten aber gab es bei den UN-Einsätzen: Ob UN-Einsätze auch Friedens bringend sein können, wurde verneint und gleich aus dem Katalog der offenen Fragen der Eckpunkte gestrichen.

Haarig wurde es bei der Frage, ob die Bedingungen für einen Koalitionseintritt verschärft werden sollen. Das hatte der WASG-Parteitag beschlossen. Die PDS folgte diesem Anliegen nicht, obwohl WASG-Kollegen mit der Aufkündigung der Mehrheit drohten. Aber der Wortlaut der Eckpunkte wurde an dieser Stelle modifiziert. Denn: Der PDS-Parteitag war sich der

Symbolik des Abschnitts bewusst. Befremdlich hingegen Sara Wagenknecht: Sie forderte uneingeschränkte Solidarität mit den lateinamerikanischen Regierungen. An die Berliner GenossInnen legte sie allerdings andere Maßstäbe an. Am Ende der Debatte stimmten 84,7 Prozent der Delegierten für die Eckpunkte. Auch die Satzung fand bei nur wenigen Änderungen mit 86,4 Prozent eine satte Mehrheit. Die Schiedsordnung ging sogar mit 88,1 Prozent durch.

Lediglich für die Finanzordnung stimmten „nur“ rund 74,5 Prozent. Grund: Die neue Beitragstabelle halbiert die Mitgliedsbeiträge. Das stieß vor allen den Berlinern auf. Schließlich werden mit den Beiträgen nicht nur die eigene politische Arbeit finanziert, sondern auch der innerparteiliche Finanzausgleich. Weil Solidarität keine Einbahnstraße ist, stimmten die Berliner Delegierten mehrheitlich gegen die Finanzordnung oder enthielten sich. Am Ende des Beratungsmarathons stimmten trotz aller „blauen Flecke an den Schienenbeinen“, so Lothar Bisky, fast 97 Prozent der Delegierten dem Verschmelzungsvertrag einschließlich der elf Gründungsdokumente zu. Bei der WASG waren es rund 88 Prozent. Respekt !

Sandra Brunner
Parteitagdelegierte



Vom 6. - 8. Juni 2007 findet in Heiligendamm der sogenannte G8-Gipfel statt. Dort treffen sich die Regierungschefs der acht einflussreichsten Industrieländer, um ihre Politik abzustimmen.

Sie verfolgen eine ausbeuterische und militaristische Weltpolitik, um für sich selbst den Wohlstand zu sichern.

G8-Protest in Pankow

Dabei werden z.B. die Zerstörung des Planeten oder das Sterben in der Dritten Welt infolge ihres Handelns gerne in Kauf genommen.

[,solid] - die sozialistischen Jugend lehnt die G8 ab. Sie haben keine demokratische Legitimation, um über unsere Welt zu entscheiden. „Leben den Widerstand“ heißt das Motto der smash-G8 Kampagne, zu der neben Veranstaltungen wie Konzerten und informativen Filmabenden auch eine CD, eine Zeitung, Infomaterial usw. gehören. Dabei geht es um Mobilisierung gegen den Gipfel, um ihn durch Demonstrationen und Aktionen zu stören und selbst medienwirksam zu werden. Die Berliner Ortsgruppe [,solid]

Pankow beteiligt sich natürlich an der Kampagne. Am 13. April findet in der „Garage Pankow“, Hadlichstraße 3 am S+U-Bhf. Bahnhof Pankow, ein Konzert statt, vor dem noch der Film „Surplus oder Konsumterror“ gezeigt wird. Es spielen drei Live-Bands in netter Atmosphäre. Unser Ziel ist es, Jugendliche über den Gipfel zu informieren und wenn möglich für den Protest zu gewinnen. Jede/r, der/die Interesse hat, ist herzlich eingeladen, zu kommen.

Eine bessere, gerechtere Welt ist möglich. [,solid] geht dafür im Juni auf die Straße !

[,solid] Pankow
pankow@solid-berlin.org

Informationen – Positionen – Argumente

Neue Broschüren

■ **Magazin „Clara“**
Kostenfrei bestellen! – „Clara“ – das Magazin der Linksfraktion erläutert fünf Mal im Jahr mittels Hintergrundberichten, Interviews, Reportagen parlamentarische Initiativen der Linken und debattiert aktuelle Themen von nationaler und internationaler Bedeutung.

■ **Taschenbuch „Rechtsextremismus“**
„Was tun gegen Rechtsextremismus?“ - das Taschenbuch bietet praktische Lebenshilfe für den Umgang mit Rechtsextremismus. Es orientiert sich an alltäglichen Situationen und unterbreitet Vorschläge, wie man sich wehren kann, wie man Verbündete findet und wie man selbst aktiv werden kann.

■ **Folder „500 000 neue Arbeitsplätze“**
Die Linke zeigt: Es können bis 2009 in den Bereichen Bildung, Gesundheitswesen und Pflege 500

000 neue Arbeitsplätze zum Nutzen aller geschaffen werden.



■ **Folder „Bürgerrechte nutzen!“**
„Bürgerrechte nutzen – Petitionen einreichen!“ Die Stärkung der Bürgerrechte ist ein Kernanliegen linker Politik. Gemeinsam mit Mitgliedern der Linksfraktion soll linke Politik im Petitionsausschuss voran gebracht werden.

■ **Linksfraktion – Abgeordnetenhaus**
Strategiepapier „Eine Stadt, stark für alle“. Carola Bluhm, Klaus Lederer und Harald Wolf stellen in einem Strategiepapier von der Dessauer Fraktionsklausur die Positionen der Linksfraktion für die Regierungszeit 2007 in der rot-roten Koalition in Berlin vor.

■ **Faltblatt „Grundsteuer“**
„Aus gutem Grund“ – Warum die Linksfraktion im Interesse von Wirtschaftswachstum und Bildung für die Erhöhung der Grundsteuer in Berlin gestimmt hat.

Die Materialien können über die Bundestagsfraktion Platz der Republik 1, 11011 Berlin, www.linksfraktion.de und über die Abgeordnetenhausfraktion Niederkirchnerstraße 5, 10111 Berlin, www.linksfraktion-berlin.de bezogen werden.

Aus dem Bezirk

■ **Umweltpreis ausgelobt**
Das Bezirksamt hat unter dem Motto „Baum Traum Pankow – Der Baum als Stadtbewohner“ den mit 3000 Euro dotierten diesjährigen Umweltpreis ausgelobt. BürgerInnen können ihre Ideen, Pflege- oder Pflanzaktivitäten, Vorschläge und Visionen zum Thema bis zum 4. Mai beim Büro der Bezirksverordnetenversammlung, Fröbelstraße 17, 10405 Berlin, Haus 7, Raum 104 einreichen.

■ **Geld für Schloss**
Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat Sanierungsmittel in Höhe von 850 000 Euro für Schloss Schönhausen freigegeben. Damit ist die Sanierung des Gebäudes in Pankow, Gesamtkosten 8,6 Millionen Euro, gesichert.

■ **Bezirksname**
Die BVV hat mit großer Zustimmung „Pankow“ als offiziellen Bezirksnamen bestätigt. Bürgermeister Köhne (SPD) sieht damit

den Weg frei, das Bezirkswappen in Auftrag zu geben.

■ **Moscheebau begonnen**
Die Baugenehmigung für das erste muslimische Gotteshaus in Ostberlins ist der Berliner Ahmadiyya Muslim-Gemeinde übergeben worden. Mit dem Bau in Heinersdorf soll in diesem Frühjahr begonnen werden. Im Verlauf der monatelangen Auseinandersetzungen hatte das Bezirksamt zwei von der Interessengemeinschaft Heinersdorfer Bürger beantragte Bürgerbegehren, mit denen das Bauvorhaben verhindert werden sollte, für unzulässig erklärt.

■ **Weltoffene Toleranz**
Die Vereinbarung über den welt-offenen und toleranten Bezirk Pankow wird auch im Jahr 2007 weitergeführt. Sie beinhaltet Maßnahmen über weitere konsequente Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Entwicklungen



und Erscheinungen. Ein wesentlicher Schwerpunkt liegt in diesem Jahr in den Bereichen Jugendarbeit und Schule.

■ **Ehrenamtliche Arbeit**
48.000 Euro werden in diesem Jahr dem Bezirksamt Pankow von der Senatsverwaltung für ehrenamtliche Arbeit von BürgerInnen zur Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur bereitgestellt. Es geht um Sachmittel für Renovierungen, Reparaturen, Pflanzungen u.ä.. Beantragungen bis 10. April beim Bezirksamt.

Glosse

Albtraum

Ich fahre hoch. Auf dem Fensterbett der Wecker mit seinen 4 cm hohen roten Zahlen grinst mich hämisch an. Warum bin ich wach geworden? Ich hatte Schlimmes geträumt. Als pensionierter Lehrer stand, nein saß ich vor einer 7. Klasse und versuchte zu unterrichten. Die Begrüßung der Schüler :“na, Opa was willst Du hier?“ Ich möchte euch unterrichten! Ich stellte mich vor, in der Hoffnung, die Aufmerksamkeit der Kinder zu erreichen. Irrtum, mit hoher Lautstärke ging es lustig weiter. Es ging um Geschichte – früher bei vielen Schülern ein beliebtes Fach. Ich begann zu erzählen- die vorderen Sitzreihen hörten zu. Der Rest spielte mit dem Handy oder ging anderweitigen Beschäftigungen nach. Da mir nach kurzer Zeit die Hüftgelenke schmerzten – eine weit verbreitete Lehrerkrankheit- setzte ich mich an den Tisch. Plötzlich, fehlte im Gedächtnis ein Name - ich versuch-



te es mit einer Umschreibung – es war nicht verständlich. Mein Mund wurde trocken, ich wurde blass und machte eine längere Sprechpause Was tun? Ich wurde wach. Weckte meine Frau im Nachbarbett. Sie beruhigte mich mit den Worten, Du bist Rentner, du brauchst nicht zu unterrichten. Beruhigt schlief ich wieder ein. Nach dem Frühstück der obligatorische Blick in die Zeitung – meine Gesichtszüge entgleisten – Schlagzeile in der Zeitung “Lehremotstand in Berlin: Rentner sollen unterricht-

ten.“ Siehst Du, mein Unterbewusstsein hat das Kommende schon erfasst. Am Tag zuvor hatten wir über die Situation an Berliner Schulen diskutiert. Und nicht erst gemeinte Schlussfolgerung war, doch die Pensionäre wieder zu mobilisieren. Nun wurde es ernst. Wollen wir uns melden? So meine Frau! Mein Kontext, hast du meinen Albtraum nicht verstanden? Es geht nicht mehr, wir sind dem Schulstress nicht mehr gewachsen. Junge Lehrer und Absolventen verlassen Berlin oder suchen sich andere Berufe weil sie glauben, die durch das Schulgesetz verursachten Anforderungen nicht meistern zu können.

Es wird bald Frühling, dann können wir wieder in den Garten – das ist für uns genügend Anspruch an einen schönen Lebensabend in geistiger Flexibilität.

Ein
alter Lehrer

Liberation Weeks 2007 Liberation Weeks 2007 Libera

Am 22. April 1945 wurden die Bezirke Pankow, Prenzlauer Berg und Weißensee durch die Rote Armee vom Nationalsozialismus befreit. Mit der Initiative „Liberation Weeks“ wollen wir – ein Bündnis u.a. aus Antifa-Gruppen; VVN/BDA; „solid“ und Linkspartei.PDS in Pankow - in diesem Jahr die Antifa-Aktionswochen wiederbeleben. In diesem Zusammenhang gibt es zahlreiche Aktivitäten:

21. April 20.30 Uhr
Liberation-Hip-Hop-Konzert
KVU, Prenzlauer Berg, Kremmener Straße 9-11, (U-Bahnhof Eberswalder Straße)
Eintritt: **2,50 Euro.**

22. April 15.00 Uhr
Gedenkkundgebung Antifaschistisches Mahnmahl Danzigerstraße / Diersterweg

26. April 19.30 Uhr
Filmband: Gezeigt werden aus der Reihe „Befreiung“ (UdSSR 1969, Regie: Juri Oserow) die Teile „Die Schlacht um

Berlin“ und „Der letzte Sturm“, die das Ende des 2. Weltkrieges dokumentieren.
Bunte Kuh, Weißensee, Achtung! Neue Adresse: Bernkastelerstr. 78,

27. April 22 Uhr
Ska-Konzert „Köpi“, Köpenickerstr. 137, Mitte
Eintritt: **4 Euro.**

05. Mai 16 Uhr
Antifa-Demo Start: S-Bhf Wollankstraße

Mehr Infos unter:
<http://www.liberationweeks.de>

Impressum

Herausgeber: Die Linke.PDS
Bezirksvorstand Berlin Pankow
Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81
www.pds-berlin-pankow.de
eMail: redaktion@pds-berlin-pankow.de

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 31. März 2007
Druck: double express Auflage: 8.500

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und Stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert.

Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BIZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505.

Diese Spende ist Steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.

WANNWASWANNWASWANN

12. April 18.00 Uhr
Bezirksvorstand, Geschäftsstelle Kopenhagener Straße 76

16. April 18.00 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

18. April 17.00 Uhr
AG Gesundheit, Arbeit und Soziales, Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109
20.00 Uhr
„Brot, Pop & Politik – Stefan Liebich und Gäste“, Brotfabrik an der Weißenseer Spitze (Caligariplatz); Thema: Stalinismus, Gäste Gesprächspartner: Karlen Vesper, Historikerin; Dr. Ulrich Mählert, Stiftung Aufarbeitung;

Walter Momper, Mitglied im Verein Opfer des Stalinismus; Dr. Klaus Lederer, Landesvorsitzender der Linkspartei

19. April 18.00 Uhr
Basistag, Geschäftsstelle Kopenhagener Straße 76

23. April 18.00 Uhr
Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

25. April 17.30 Uhr
6. Tagung der BVV Pankow im Bezirksamt Fröbelstraße
18.30 Uhr
Beratung Wahlkreisaktiv Vineta, Hausklub Elsa-Brändström-Straße 6

28. April 12 bis 14 Uhr
Uhr Infostand der BO Luise am Rathauscenter Pankow

1. Mai 13 bis 18 Uhr
1. Mai-Fest an der Bötzw-Eiche, Bötzwstraße/Am Friedrichshain

2. Mai 16.00 Uhr
Bürgersprechstunde des Abgeordneten Stefan Liebich, Geschäftsstelle Kopenhagener Straße 76

14. Mai 18.00 Uhr
AG Gleichstellung und Migration, Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

26. Mai 12 bis 14 Uhr
Infostand der BO Luise am Rathauscenter Pankow mit Klaus Lederer, Mitglied des Abgeordnetenhauses